

Übersichten

Februar 1999

Außenpolitik

1 KPV-Generalsekretär Le Kha Phieu in China: Weitere „Normalisierung“ angesagt

Vom 25.2. bis 2.3.1999 besuchte der Generalsekretär des ZK der KPV, Le Kha Phieu, die VR China und wurde dort nicht nur von KPCh-Vertretern, sondern von Spitzenpolitikern aller Couleur, sei es nun von Partei- und Staatschef Jiang Zemin, vom NVK-Vorsitzenden Li Peng, vom Vorsitzenden der Nationalen Konsultativkonferenz Li Ruihuan oder sei es vom Stellvertretenden Staatspräsidenten Hu Jintao und vom Stellvertretenden Staatspräsidenten Li Lanqing empfangen.

Nicht nur die Empfangs-, sondern auch die Themenliste ließ deutlich werden, daß im chinesisch-vietnamesischen Verhältnis längst nicht mehr die „gemeinsamen Bande“ des Sozialismus, sondern andere Fragen bestimmend sind, die eher *staatlicher* Art sind, angefangen von der wirtschaftlichen Zusammenarbeit über die Normalisierung auf allen Ebenen der politischen Zusammenarbeit bis hin zu den Territorial- und Maritim-Abgrenzungsfragen. Die Gespräche ließen ferner deutlich werden,

daß beide Seiten sich mittlerweile auch als Nachbarn wiederentdeckt haben, nachdem Vietnam jahrzehntelang geopolitisch in Richtung Sowjetunion und „Ostblock“ abgedriftet zu sein schien.

Zwar wurde Phieu am Flughafen von KPCh-„Außenminister“, d.h. genauer: vom Vorsitzenden der Internationalen Abteilung des ZK der KPCh, Dai Bingguo, empfangen (XNA, 26.2.99). Im übrigen aber waren die nachfolgenden sechs Tage kaum KP-, um so mehr aber zwischenstaatlichen Themen gewidmet.

Das Gemeinsame Kommuniqué vom 27. Februar betonte, daß im Jahr 1991 (einem Schlüsseljahr der Beziehungen zwischen beiden Seiten!) die Beziehungen wieder normalisiert worden seien und daß man danach streben wolle, die Zusammenarbeit auf allen Ebenen zu intensivieren. Dieses Renormalisierungsziel sei der rote Faden aller bisher herausgegebenen Gemeinsamen Kommuniqués gewesen, nämlich von 1991, von 1994, von 1995 und jetzt von 1999. Im neuen Kommuniqué taucht auch erneut die Taiwan-Klausel auf und ein Hinweis auf die asiatische Finanzkrise, die beide Seiten mutig und erfolgreich angepackt hätten: Die Parteien klopfen sich hier also m.a.W. auf die eigene Schulter! (XNA, 28.2.99). In einem Nebensatz war auch vom „sozialistischen Aufbau“ in beiden Ländern die Rede sowie der versteckte Hinweis, daß die „Vietnamesen“ die chinesischen Erfolge bei der Reform, bei der Öffnung und bei der Gestaltung ihrer Außenpolitik anerkennend zur Kenntnis nähmen. Phieu unterschrieb hier also eine Textstelle, die ihm einiges Würigen im Hals verursacht haben dürfte, da es mit zu den eisernen Grundsätzen Vietnams gehört, an China – und an das chinesische Modell – stets zu denken und Lehren daraus zu ziehen, nie aber darüber zu sprechen!

Eine besonders große Scheibe vom chinesischen Modellkuchen hat sich Vietnam vor allem in zwei Bereichen abgeschnitten, nämlich bei der Privatisierung von staatlichen Industriebetrieben und bei der Modernisierung der Landwirtschaftspolitik.

Auch von der Grenzfrage war in dem Kommuniqué die Rede. Zu diesem Thema gibt es seit dem Chinabesuch

des früheren KPV-Generalsekretärs Do Muoi im Juli 1997 eine Leitformel, derzufolge die bilaterale Landgrenze bis zum Jahr 1999 und die Demarkierung im Golf von Tongking (chinesisch: *Beibuwan*, vietnamesisch: *Bac Bo*) bis zum Jahre 2000 geklärt sein sollte. Diese Formulierung wurde im Kommuniqué vom 27. Februar wiederholt.

Wie aber sollen beide Seiten mit den beiden nach wie vor strittigsten Fragen, nämlich mit dem Konflikt um den Spratly- und den Paracel-Archipel, umgehen? Hierzu heißt es im Kommuniqué, beide Seiten wollten sich bemühen, einen „Mechanismus in Maritimfragen“ zu finden und sich dabei stets an den Grundsatz zu halten, daß sämtliche Fragen friedlich gelöst werden müßten, d.h. durch Verhandlungen, bei denen eine solide, für beide Seiten akzeptable und haltbare Formel zu finden sei. Bis dahin sollten beide Seiten sich bemühen, in vielerlei Bereichen, wie z.B. beim Schutz der Umwelt, bei der Meteorologie und Hydrologie sowie bei der Vermeidung von Naturkatastrophen, zueinander zu finden. Keine von beiden Seiten dürfe hierbei Komplikationen zulassen, von der Androhung oder von der Anwendung von Gewalt ganz zu schweigen.

Die Spratly-Frage ist ein Dauerkonflikt, in den nicht nur die „beiden Chinas“, nämlich die VRCh und Taiwan, sondern noch vier ASEAN-Staaten, nämlich Vietnam, Malaysia, Brunei und die Philippinen, verwickelt sind. Die aus rund 200 zumeist unbewohnten Inseln bestehenden Spratlys erscheinen den beteiligten Parteien vor allem aus zwei Gründen begehrenswert, nämlich zum einen wegen ihrer geostrategischen Lage am Kreuzungsbereich der Schifffahrtslinien von Nord nach Süd sowie von Ost nach West, zum anderen aber vor allem wegen des immer wieder behaupteten Ölreichtums der Archipelgegend. Wie dem auch immer sei – auf alle Fälle gehört der Spratly-Bereich mit zu den letzten auf Rohstoffe hin immer noch wenig erforschten – und dafür um so begehrenswerteren – Territorien des Erdballs.

Einige am Streit beteiligte Staaten, wie z.B. Brunei, Taiwan und die Philippinen, hätten gegen multilaterale Lösungen nichts einzuwenden, ja be-

mühen sich geradezu um Einschaltung von Vermittlern, wie z.B. die Philippinen, die immer wieder die USA als Schlichter ins Spiel bringen möchten. Malaysia und Vietnam, vor allem aber die VR China, lehnen dagegen jede multilaterale Lösung strikt ab und wollen die Austragung des Disputs ausschließlich auf die beteiligten Parteien beschränkt wissen.

Die Mitglieder der ASEAN untereinander haben bereits 1992 eine Erklärung unterzeichnet, derzufolge es zwischen ihnen in der Spratly-Frage niemals zur Gewaltanwendung kommen dürfe.

Allen schönen Erklärungen zum Trotz scheinen die Parteien aber permanent damit beschäftigt zu sein, ihre Ansprüche wieder und wieder demonstrativ zu markieren. So hat die VR China z.B., Beobachtungen der philippinischen Marine zufolge, erst zu Beginn des Jahres 1999 wieder auf dem von den Philippinen beanspruchten Mischief-Riff, das mit zu den Spratlys gehört, Aufbauten angebracht, die den philippinischen Souveränitätsansprüchen ins Gesicht schlugen (VNA in SWB; 20.1.99). Ein solches Vorgehen der Volksrepublik sei, wie auch Vietnam immer wieder betont, mit dem Völkerrecht unvereinbar, besonders mit der UNO-Konvention über das Seerecht von 1992, mit der Manila-Deklaration über das Südchinesische Meer von 1992 und mit dem aseanisch-chinesischen Gemeinsamen Kommuniqué von 1997 (VNA in SWB, 19.1.99).

Der Besuch Phieus war nicht zufällig umrahmt von einer Reihe von Abgrenzungssitzungen: Vom 7. bis 21. Januar tagte beispielsweise in Hanoi die Vietnamesisch-chinesische Arbeitsgruppe über die Landabgrenzung – es war ihre 13. Runde. Die 14. Runde ist für März 1999 in Beijing angesetzt – und zwar wiederum auf Vizeaußenministerebene (RH in SWB, 26.1.99).

Vom 26. bis 28. Januar traf sich in Hanoi die „Gemeinsame Arbeitsgruppe für Abgrenzungsfragen im Golf von Tongking“. Es war dies das 11. Treffen seiner Art. In der zweiten Hälfte des Jahres 1999 soll die 12. Tagung stattfinden, und zwar dann in Beijing (RH in SWB, 1.2.99).

Was die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Vietnam und China an-

belangt, so bewegt sie sich vorerst in noch überaus bescheidenen Dimensionen: Der Außenhandel lag 1998 bei 1,4 Mrd. US\$; allerdings sollte man bedenken, daß dieser Handel seit 1992 (damals 266 Mio. US\$) jährlich um +20% zugenommen hat, so daß am Ende zumindest die Steigerungsraten beeindruckend sind. Ferner ist die VR China in Vietnam mit 42 Investitionsprojekten und 56 Vertretungsbüros präsent. Seit 1995 gibt es auch ein „Komitee für die kommerzielle Zusammenarbeit zwischen Vietnam und China“, das u.a. Pläne umzusetzen versucht, die auf eine Erhöhung des beiderseitigen Handelsaustausches auf 2 Mrd. US\$ im Jahre 2000 hinauslaufen (RH in SWB, 27.2.99).

Begleitet waren die Gespräche auch von weiteren Minenräumaktionen an der beiderseitigen Grenze. Am 22.2.99 gab *China Daily* bekannt, daß VBA-Soldaten bereits 66.500 Minen aus einem 120 qkm großen Grenzbereich in den Provinzen Yunnan und (AR) Guangxi geräumt hätten.

Während des Grenzkriegs im Februar/März 1979 waren in diesen beiden Grenzprovinzen mindestens 800.000 Minen ausgelegt worden.

Während des Ersten Indochinakriegs war die VRCh der Hauptlieferant für Waffen und strategische Logistik an das damalige Vietnam gewesen. Während des Zweiten Indochinakriegs war China dann von der UdSSR als Hauptlieferant ausgestochen worden und hatte schließlich jegliche Hilfe an den südlichen Nachbarn eingestellt.

Erst seit Beginn der Renormalisierung im Jahre 1991 kommt es wieder zu kleineren Hilfeleistungen, mit denen – indirekt und überaus subtil – auch Hierarchieverhältnisse neu konstituiert werden. Erinnert sei in diesem Zusammenhang an drei Vereinbarungen vom Oktober 1997, in denen die VRCh der SRV einen weichen Kredit in Höhe von 25 Mio. US\$ sowie einen zinsfreien Kredit in Höhe von 180 Mio. US\$ zur Modernisierung des (einst mit chinesischer Hilfe aufgebauten) Thai-Nguyen-Stahlkomplexes zusagte und ein Kreditabkommen über die Gewährung von 110 Mio. US\$ für die Erweiterung einer Düngemittelfabrik schloß (Näheres dazu m.N. SOAa, 1997/11, S.493).

Am 25. Februar unterzeichneten beide Seiten ein Abkommen, demzufolge China der SRV nichtrückzahlpflichtige Hilfe im Werte von 20 Mio. RMB-Yuan (rd. 2,4 Mio. US\$) zur Verfügung stellt, die vor allem für die Personalausbildung in Partei- und Regierungsagenturen bestimmt ist (RH in SWB, 27.2.99).

Beide Seiten betonten zum Schluß, daß der Besuch Phieus das gegenseitige „Vertrauen“ erhöht habe (XNA, 26.2.99).

Phieu besuchte auf seiner Reise im Anschluß an Beijing noch die Hauptstadt von Sichuan, Chengdu, und die Wirtschaftssonderzone Zhuhai in der Guangdong-Provinz (XNA, 1.3.99).
-we-

2 „Vertrauensvollere“ Beziehungen zu Thailand: Beginn einer neuen Beschwichtigungspolitik gegenüber den ASEAN-Ländern

Anfang Februar 1999 besuchte Außenminister Tang Jiaxuan das Königreich Thailand. Dabei kam es zur Unterzeichnung eines Kooperationsdokuments, das von „allseitiger Zusammenarbeit“ spricht, ohne daß allerdings das Wort „Partnerschaft“ erwähnt worden wäre. Vereinbart wurden u.a. jährliche Konsultationen zwischen den Außenministerien beider Länder und eine Verstärkung der Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich durch „vertrauensbildende Maßnahmen“, sei es nun durch Besprechungen zwischen den Militärs beider Seiten oder aber zwischen den strategischen Forschungsinstituten, die ja bekanntlich in den meisten Ländern Südostasiens einen überragenden Einfluß besitzen (XNA, 6.2.99).

Immer wieder sucht die VR China ihren Nachbarn zu verdeutlichen, daß von ihr keinerlei militärische „Gefahr“ ausgehe. Die Standardargumente lauten etwa folgendermaßen: China habe seine Streitkräfte im Jahre 1997 um 500.000 Mann reduziert, nachdem sie bereits in den 80er Jahren um rund 1 Mio. verringert worden waren. Außerdem lägen die Militärausgaben Chinas nur bei einem Bruchteil anderer Militärmächte, z.B. der USA. Nicht zuletzt sei China mittlerweile nicht weniger als 70 multilateralen internationa-

len Vereinbarungen beigetreten, angefangen vom Abkommen über die Einstellung von Nukleartests bis hin zu den Abmachungen über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen (dazu z.B. XNA, 1.3.99).

Seit China und Thailand im Jahre 1975 diplomatische Beziehungen aufgenommen haben, gilt die neue „15-Punkte-Vereinbarung“ als das bislang wichtigste bilaterale Kooperationsdokument, das, wie der thailändische Außenminister Surin betont, sein Land mehr als bisher hoffen lasse, daß eine lange Ära der Kooperation bevorstehe.

Die chinesische Seite betonte, daß sie eine ähnliche Abmachung auch mit anderen Ländern der ASEAN-Region plane. In Bangkok wurde hier möglicherweise der erste Schritt auf dem langen Marsch zum Aufbau eines umfassenden Sicherheitsnetzwerkes getan. -we-

3 Zhu Rongji in Rußland: verbesserte Beziehungen

Vom 24. bis 27. Februar besuchte der im März 1998 zum Ministerpräsidenten ernannte Zhu Rongji den Nachbarstaat Rußland, um dort vor allem Grundlagen für verbesserte bilaterale Wirtschaftsbeziehungen zu legen. Der Zeitpunkt war günstig gewählt, insofern kurze Zeit später die amerikanische Außenministerin Albright in Beijing angekündigt war und insofern der Besuch weiterhin zwei Wochen vor Beginn der NVK-Tagung stattfand, bei der Zhu Rongji zum ersten Mal einen Regierungsbericht vorlegen sollte. Im übrigen ist geplant, daß Zhu im Frühling 1999 Washington besucht und dort auch im Weißen Haus vorspricht.

Politisch ist es um die chinesisch-russischen Beziehungen zur Zeit zwar bestens bestellt, zumal seit Abschluß des Partnerschaftsvertrags von 1997. Wirtschaftlich jedoch befindet sich das Verhältnis auf Talfahrt. 1998 beispielsweise belief sich der russisch-chinesische Außenhandel gerade einmal auf 5,48 Mrd. US\$ – ein Rückgang von sage und schreibe 10,5% gegenüber 1997: Dieser Anteil liegt nur knapp über 1% des gesamten von China 1998 umgesetzten Außenhandels-

volumens in Höhe von 324 Mrd. US\$ (dazu im einzelnen C.a., 1999/1, Ü 25).

Dabei hatten beide Seiten bei Abschluß des Partnerschaftsvertrags im April 1997 beschlossen, den beiderseitigen Handel bis zum Jahr 2000 auf rund 20 Mrd. US\$ zu erhöhen (ausführlich dazu C.a., 1997/5, S.430).

Chinas Hauptexporte nach Rußland bestehen aus Bekleidung, Schuhen, Gefrierfleisch, getrockneten Früchten, Haushaltsgeräten und Maschinen; umgekehrt führt es aus Rußland vor allem Düngemittel, Walzstahl, Bauholz und ebenfalls Maschinen ein – nicht zu vergessen auch Militärgüter.

China hat in Rußland bis Mitte 1998 rund 1.300 Joint Ventures aufgebaut mit einem investierten Kapital von kaum 100 Mio. US\$, und zwar vor allem im Bereich des Handels, der Mikroelektronik, der Telekommunikation und des Zusammenbaus von Maschinen. Umgekehrt sind auf chinesischem Gebiet rund 900 russische Betriebe mit Investitionen in Höhe von 150 Mio. US\$ gegründet worden, vor allem in den Bereichen Automobile, Landmaschinen, Chemikalien und Baustoffe (XNA, 23.2.99).

Das Ergebnis des Zhu-Besuchs besteht hauptsächlich darin, daß künftig im Energiebereich enger zusammengearbeitet werden soll. Auch soll Rußland längerfristig Pipelines für die Lieferung von westsibirischem Gas nach China verlegen. Angepeilt ist eine jährliche Liefermenge von rund 10 Mrd. m³. Darüber hinaus sind Überlegungen für Öllieferungen via Pipeline von Ostsibirien über die Mongolei nach China angestellt worden.

Gefördert werden soll ferner die wirtschaftliche Kooperation zwischen einzelnen Regionen, vor allem zwischen Baschkirien und Liaoning, zwischen Primorje und Jilin, zwischen Amur und Shanghai sowie zwischen Altai und Xinjiang.

Insgesamt unterzeichneten beide Seiten während des Zhu-Besuches elf Abkommen, in denen diese Einzelheiten niedergelegt wurden (XNA, 27.2.99): sie beziehen sich auf die Lieferung von Öl, Naturgas und Elektrizität, betreffen Transportfragen und sollen nicht zuletzt auch die regionale Zusammenarbeit beschleunigen (XNA, 28.2.99).

Zhu besuchte Moskau und St.Petersburg und legte am Denkmal der Belagerung von Leningrad einen Kranz nieder. Ferner besuchte er das Eremitage-Museum und den Smolny-Palast in St.Petersburg, der mit dem Andenken an Lenin verbunden ist (XNA, 1.3.99).

Beide Seiten sind sich bewußt, daß das Potential für künftige Handelsgeschäfte noch bei weitem nicht ausgeschöpft ist; solange freilich Rußland in seiner gegenwärtigen Wirtschaftskrise gefangen bleibt, werden auch die Ergebnisse von Zhus Besuch nicht wesentlich zur Erhöhung des Handelsvolumens beitragen. Vor allem fehlt es an den Mitteln für die Finanzierung größerer gemeinschaftlicher Projekte.

Überdies ist Rußland lediglich auf dem Gebiet der Rüstungsindustrie international konkurrenzfähig. -we-

4 Druck auf Mazedonien

Am 27. Januar 1999 kam es zwischen Taiwan und Mazedonien zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen (dazu C.a., 1999/1, Ü 2).

Beijing hat inzwischen Gegenmaßnahmen ergriffen: Erstens zog es seinen Botschafter aus der 2-Mio.-Republik Mazedonien, mit der 1993 diplomatische Beziehungen aufgenommen worden waren, zurück. Zweitens betreibt es ein divide-et-impera-Spiel, indem es die Widersprüche zwischen Präsidium und Außenministerium in Mazedonien zu instrumentalisieren versucht: Mittlerweile hat der mazedonische Präsident im Fernsehen eine Rede gehalten, in der er sich gegen die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Taiwan aussprach und in der er den mazedonischen Außenminister dafür verurteilte, sich bei der „Köderung durch Taiwan“ nicht mit dem Präsidenten abgesprochen zu haben. Beijing wird also versuchen, auf die öffentliche Meinung Mazedoniens verstärkt Einfluß zu nehmen, muß sich dabei allerdings auf Gegenaktionen Taiwans gefaßt machen.

Drittens aber bedient es sich seines Vetorechts als Ständiges Mitglied des Sicherheitsrats und plädiert dabei gegen Absichten der UNO, im Rahmen der friedenserhaltenden Maßnahmen auf dem Balkan das Mandat der UNPREDEF (United Nations Preven-

tive Deployment Force) zu erweitern (XNA, 27.2.99). China sei gegen eine solche Mandatsausweitung, betonte der chinesische UNO-Gesandte Qin Huasun, als er befragt wurde, ob das am 28. Februar auslaufende Mandat erneuert werden solle (XNA, 26.2.99). Beijing blieb auch hart, als die USA versuchten, die chinesische Meinung doch noch zu ändern. Begründet wurde die Vetohaltung mit der mazedonischen Taiwanpolitik.

Die Lage Mazedoniens



Noch am 20. Februar hatte UNO-Generalsekretär Annan die Empfehlung ausgegeben, daß die friedenserhaltenden Truppen weitere sechs Monate in Mazedonien bleiben sollten. Die 1.000 Mann umfassende UNEinheit war während des Bosnien-Krieges 1992 in Mazedonien stationiert worden, um das Überschwappen ethnischer Konflikte auf Mazedonien zu verhindern. Annan bezeichnete den andauernden Konflikt im Kosovo als Hauptgrund für die Verlängerung des Mandats bis 31. August 1999.

China blieb jedoch hart und stimmte am 24. Februar gegen die Verlängerung. Mit diesem Schritt konnte es auch bei der jugoslawischen Regierung Punkte sammeln! (XNA, 26.2.99).

Daß China seine nationalen (Wiedervereinigungs-)Probleme zu lösen versucht, indem es ein europäisches Land zur Geisel nimmt, ist nach Meinung vieler Beobachter nicht gerade die feine Art! Im Januar 1997 hatte die Volksrepublik erstmals seit 26 Jahren ein Veto eingelegt, als es um die Entsendung von UNO-Militärbeobachtern nach Guatemala

ging, das mit Taiwan ebenfalls diplomatische Beziehungen unterhält; doch hatte Beijing damals schon nach zwei Wochen seine Haltung geändert. Ob es diesmal hart bleibt und damit fortfährt, einen „schlechten Stief“ zu pflegen? -we-

5 VW an der Spitze der umsatzstärksten Unternehmen mit Auslandskapital

Anfang 1999 veröffentlichte die Regierung die Namensliste der 500 in China niedergelassenen umsatzstärksten Unternehmen mit Auslandskapital – und zwar errechnet nach dem Umsatzvolumen von 1997.

Seit es diese Veröffentlichung gibt, steht die Shanghai Volkswagen GmbH zum siebten Mal in Folge an erster Stelle. Ihr Umsatzvolumen nahm von 24,3 Mrd. Yuan im Vorjahr um 8,2% auf 26,3 Mrd. (i.J. 1997) zu.

Neben VW kamen noch weitere 174 Joint Venture-Betriebe auf ein Umsatzvolumen von über 1 Mrd. Yuan – dies waren 50 Unternehmen mehr als noch im vorangegangenen Jahr.

Der Gesamtumsatz aller 500 Spitzenunternehmen (mit Auslandskapital) betrug 1997 610 Mrd. Yuan – ein Anstieg von +28% gegenüber dem Vorjahr. Ihr Exportvolumen belief sich auf 21 Mrd. US\$, also auf rund 9% des chinesischen Gesamtexportvolumens von 1997 (184 Mrd. US\$) oder aber auf 28% des gesamten Exportvolumens aller Joint Ventures mit Auslandskapital.

420 der 500 genannten Unternehmen sind im Bereich der Maschinenbauindustrie tätig. An zweiter Stelle folgen die Sektoren Strom-, Gas- und Wasserversorgung, an dritter Handel usw.

212 der 500 Firmen sind mit Kapital aus Hongkong oder Macao finanziert. An zweiter Stelle folgen US- (54), an dritter japanische Betriebe (48).

Was die Standorte anbelangt, so sind nahezu 90% aller umsatzstärksten Joint Ventures in den Küstenprovinzen angesiedelt, vor allem in Guangdong (162), in Shanghai (78) und in Jiangsu (49). Kein einziges Unternehmen befindet sich in Qinghai, Tibet, Xinjiang oder Guizhou (BRu, 1999, Nr.8, S.28 f.).

Unter den 20 umsatzstärksten Unternehmen befinden sich zwei deutsche, nämlich die Shanghai Volkswagen GmbH an erster und die FAW-Volkswagen Automotive Co. Ltd. an zehnter Stelle. -we-

6 Hu Jintao auf Vierländertour durch Afrika: Afrika im Ständigen Ausschuß des UNO-Sicherheitsrats?

Der Stellvertretende Staatspräsident Hu Jintao, der eines Tages vermutlich in die Fußstapfen Jiang Zemens treten wird, übernimmt in letzter Zeit häufiger außenpolitische Aufgaben – offensichtlich, um Punkte für seine weitere Karriere zu sammeln. Vom 23. Januar bis 4. Februar unternahm er eine Vierländertour durch Afrika, die ihn von Madagaskar über Ghana und die Elfenbeinküste nach Südafrika führte (XNA, 6.2.99). Höhepunkt war der Besuch in Südafrika, mit dem seit dem 1. Januar 1998 diplomatische Beziehungen bestehen. Der Abnabelungsprozeß Südafrikas von Taiwan hatte sich in den Jahren 1996/97 als besonders schwierig erwiesen. Erst auf starken Druck Beijings war Südafrika „überzeugt“ worden, sich vom langjährigen Wegbegleiter Taiwan zu lösen. In der diplomatischen Geschichte Taiwans gehört der 1. Januar 1998 mit zu den schwärzesten Kapiteln.

Hu nahm an den Eröffnungszereemonien für zwei Generalkonsulate in Kapstadt und in Johannesburg teil (XNA, 11.2.99) und stellte vor allem über die Position Afrikas in der UNO einige grundlegende Überlegungen an. Mit den Vereinten Nationen sei in den letzten Jahren einiges schief gelaufen, vor allem bei der Besetzung des Sicherheitsrats. China trete dafür ein, daß der Sicherheitsrat reformiert werde und daß die Neubesetzung nach Gesichtspunkten der „Regionalbalance“ erfolgen müsse. Es könne nicht so weitergehen, daß Afrika überhaupt keinen festen Sitz innerhalb dieses Gremiums habe. Da Hu diese Ausführungen in Johannesburg unterbreitete, hat er wohl versucht, Südafrika zur Übernahme einer solchen Vertreterrolle zu inspirieren (XNA, 5.2.99).

Gleichzeitig bedeutet diese Balance-Überlegung eine Absage an Japan und Deutschland, die ja seit einigen Jahren

Sitz und Stimme im Ständigen Sicherheitsrat anstreben. -we-

7 China und der Sudan: enge Verbindungen seit über 40 Jahren

Im Februar 1959 hatten China und der Sudan diplomatische Beziehungen miteinander aufgenommen. Nach Ägypten (1956) und Marokko (1958) war der Sudan damit der dritte Staat auf dem Schwarzen Kontinent, der sich mit der VRCh diplomatisch in Verbindung gesetzt hatte.

China hat diese frühe Annäherung zu honorieren verstanden, sei es nun politisch oder aber im Rahmen seiner Entwicklungshilfe, die, von der Außenwelt fast unbemerkt, auf überaus subtile Weise seit Jahrzehnten anhält: Es gibt eine enge Zusammenarbeit mit dem Sudan bei der Öl- und Goldausbeute.

China hat dem Sudan seit den 70er Jahren überdies 780 Mio. US\$ an Wirtschaftshilfe zur Verfügung gestellt und an mehr als 30 Wirtschaftsprojekten mitgearbeitet. Die wichtigsten dieser Projekte umfassen den Bau einer „Freundschafts-Konferenzhalle“ in Khartoum, eines „Freundschafts-Krankenhauses“ in Umm Dorman, einer „Freundschafts-Spinnerei und -Weberei-Fabrik“ in Al-Hasahisa sowie Landstraßen und mehrere Brücken über den Nil.

Sudan versteht diese Projekte als wichtige Hilfselemente beim Aufbau der nationalen Volkswirtschaft (XNA, 25.2.99). -we-

Innenpolitik

8 Unstimmigkeiten in der Parteispitze über politische Liberalisierungsschritte

Im Politbüro hat es im Herbst 1998 zeitweilig Unstimmigkeiten über die Frage gegeben, wie man die Dissidenten-Initiative zur Gründung einer „Demokratischen Partei Chinas“ und die Registrierung gesellschaftlicher Vereinigungen politisch handhaben solle. Dies meldet die Hongkonger

Zeitschrift *Kaifang* (3.2.1999, S.10-12, nach SWB, 12.2.1999) in einem faktenreichen, sachlichen Beitrag, der sich auf Informanten im chinesischen Staatsrat (vermutlich im Ministerium für Zivilangelegenheiten) beruft, viele der Entwicklungen im zweiten Halbjahr 1998 plausibel erklärt und deshalb über die vielen sensationsorientierten, auf Gerüchte gestützten Hongkonger „Insider“-Berichte hinausgeht.

Dem Beitrag in *Kaifang* zufolge nahm Ministerpräsident Zhu Rongji eine moderate Haltung gegenüber Neugründungen von Parteien und Vereinigungen sowie in Fragen der Medienkontrolle ein und ließ Bestimmungen zur Registrierung gesellschaftlicher Vereinigungen ausarbeiten, die deutlich liberaler ausfielen als die Verordnungen, die unter dem ehemaligen Premier Li Peng vom Staatsrat erlassen worden waren (ein Gesetz über die Bildung von Vereinigungen - jieshefa - ist seit Jahren in Vorbereitung, konnte jedoch aufgrund seines politisch hochsensiblen und umstrittenen Inhalts bislang nicht verabschiedet werden). Forderungen nach politischen Reformen waren im Umfeld der KP-Zentrale seit Sommer 1997 immer wieder laut geworden.

Die von Zhu Rongji befürworteten vorsichtigen Liberalisierungsschritte trafen aber bei Li Peng (jetzt Vorsitzender des Nationalen Volkskongresses) und anderen Politbüro-Mitgliedern auf Widerspruch. Von Ende Oktober an konnte Li Peng offenbar auch Staats- und Parteichef Jiang Zemin davon überzeugen, daß die von Zhu geplanten bescheidenen Liberalisierungsmaßnahmen zu früh kämen und beträchtliche politische Risiken - sogar eine „Wiederholung“ der Ereignisse von 1989 - mit sich bringen könnten. Auf einer Politbüro-Sitzung im November fiel die Entscheidung, die Dissidenten-Aktivitäten rigoros zu unterdrücken und die Hauptaktivisten vor Gericht zu stellen.

In internen Reden legte Jiang Zemin im Dezember schließlich fest, daß politische Reformen in den kommenden zwei bis drei Jahren nicht auf die Agenda gesetzt werden könnten, da zunächst eine wirtschaftliche und soziale Stabilisierung nach den Er-

schütterungen durch die Restrukturierung des Staatssektors sowie durch die „Asienkrise“ erreicht werden müsse. In der gegenwärtigen Phase aber dürften destabilisierende politische Faktoren unter keinen Umständen geduldet und müßten im Keime erstickt werden.

Zhu Rongjis Position in politisch-ideologischen Fragen ist durch diese Kontroverse geschwächt worden. Er wird sich noch stärker als bisher auf wirtschaftspolitische Fragen konzentrieren müssen, die ein hohes Risiko des Scheiterns beinhalten. Neben Jiang Zemin aber erscheinen Li Peng und dessen Vertrauter Luo Gan, der mit der Aufsicht über den Sicherheits- und Justizapparat betraut ist, als herausragende Entscheidungsträger im Bereich der inneren Sicherheit und politischen Repression.

Tief beunruhigt ist die Parteizentrale angesichts einer wachsenden Zahl sozialer Unruhen. Nach Angaben von *Kaifang* wurden 1997 landesweit rund 22.000 öffentliche Aktionen von Arbeitern (von friedlichen Demonstrationen bis hin zu gewaltsamen Ausschreitungen) registriert. 1998 soll die Zahl allein in den ersten drei Quartalen um rund 20% gestiegen sein.

Die Furcht vor einer politisch-sozialen Destabilisierung zeigte sich auch im Februar 1999, als eine gemeinsame Direktive der Ministerien für Staatssicherheit und Öffentliche Sicherheit (siehe auch die Hinweise in *Fazhi Ribao*, 22.2.1999) verbreitet wurde, in der zu einer konsequenten Vorbeugung gegen die „Sabotage feindlicher Kräfte im In- und Ausland“ im Vorfeld des 4. Juni aufgerufen wurde. -hei-

9 Verwaltungsreformen: Personalreduzierung, Laufbahnprüfungen und Gehaltserhöhungen

Die drastische Reduzierung von Personal und Organen, die bereits im letzten Jahr auf der Ebene der Zentralregierung initiiert wurde, soll nun offenbar auch auf Provinzebene in Gang gesetzt werden.

In der regierungsunmittelbaren Stadt Beijing und in der Provinz Guangdong sind zu Anfang des Jahres konkrete Pläne formuliert worden, wie das Be-